

# Freiberger Anzeiger

## und Tageblatt

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

N<sup>o</sup> 34.

Erscheint jeden Wochentag Nachmittags 6 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf.

43. Jahrgang.

Wittwoch, den 11. Februar.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die halbe Zeile oder deren Raum 15 Pf.

1891.

### Bekanntmachung.

Der nächste **Bezirksstag** findet **Sonnabend, den 21. Februar 1891, 38., Vormittags 11 Uhr,** im Sitzungssaale der Stadtverordneten im Rathhause zu Freiberg statt. **Freiberg, am 10. Februar 1891.**

**Der Amtshauptmann.**  
**Dr. Haberkorn.** Sg.

### Bekanntmachung.

**Montag, den 16. laufenden Monats,** findet hier der **Fastnachts-Viehmarkt** statt. **Freiberg, am 10. Februar 1891.**

**Der Stadtrath.**  
**Dr. Böhme, Bürgermeister.** Rdn.

### Bekanntmachung.

Auf Grund gesetzlicher Vorschrift wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß unter den in den Grundstücken Hornstraße 4 und Humboldtstraße 16 eingestellten Dächern die **Raul- und Klauenseuche** ausgebrochen ist. **Freiberg, am 10. Februar 1891.**

**Die Stadtpolizeibehörde.**  
**Rössler.**

### Bekanntmachung für Brand.

Nach § 14, Absatz 4 des hierorts bestehenden Regulativs über die Abgabe von Wasser aus der neubauten Hochdruckwasserleitung ist der Preis für **Erlwasser auf 20 Pf. und für Gebrauchswasser auf 15 Pf.** für den Kubikmeter auf das erste Rechnungsjahr bis Ende Juni d. J. laufend festgesetzt, was hierdurch den Beteiligten bekannt gegeben wird. **Brand, am 9. Februar 1891.**

**Der Stadgemeinderath.**  
**Schönherr, Vgrmstr.**

### Bur politischen Lage.

„Der Sturz Crispi's, der Rücktritt des Grafen Waldersee von der Stellung als Chef des Generalstabes und die Ankunft des Erzherzogs Franz Ferdinand in Petersburg dürften zusammengenommen als beste Gewähr für einen langen Frieden gelten. Wengleich das Zusammentreffen dieser Ereignisse ein zufälliges sein könnte, so entbehren sie doch wohl kaum eines inneren Zusammenhangs.“ So schrieb am letzten Sonntag eines der einflussreichsten russischen Blätter, die „Nowoje Wremja“. Wenn es das panslawistische Blatt einmal durchaus auf die Verbreitung politischen Unsinn abgesehen hat, so hätte es auch den Tod des Königs Kalakau von Hawaii und die Fußreise des russischen Reklameliutenants Winter von Moskau nach Paris in den Bereich seiner Kombinationen ziehen können. Beide Begebenheiten stehen mindestens in ebenso engem Zusammenhang mit der Fortdauer des europäischen Friedens wie der Rücktritt des Grafen Waldersee. Was man dem Grafen Waldersee Alles in die Schuhe geschoben hat! Als Protektor einer sogenannten Poppredigerpartei sollte er der eifrigste Förderer gewisser orthodoxer Ambitionen während seines nahen Verlehrs mit dem Kaiser gewesen sein. Dann gab es eine Zeit, in der man ihn ehrgeiziger Pläne gegenüber dem Fürsten Bismarck zick, als dessen Nachfolger man den Grafen damals betrachtete, und in der auswärtigen Presse galt er gar als Haupt der „Kriegspartei“, deren Sinnen und Trachten nur darauf gerichtet wäre, den Kaiser zum „Voschlagen“ zu bestimmen! Wie weit die interessantesten Hiftörchen von den Bestrebungen der „Poppredigerpartei“ auf Thatsachen beruhen, könnte nur der beurtheilen, dem es vergönnt ist, hinter die Koulissen des Hoflebens zu blicken. Von zuständiger Seite ist ihre Existenz in Abrede gestellt worden, und es ist in der That mehr als wahrscheinlich, daß sie nur in der Zeitungspheantasie bestanden hat, denn wir leben in einem konstitutionellen Staat, in welchem die Politik der Hintertüren und Hofintrigen keinen Raum haben darf. Von der Anschulldigung ehrgeiziger Bestrebungen gegenüber dem Fürsten Bismarck hat sich Graf Waldersee zweifellos gereinigt, wenigstens hatte sich in der letzten Zeit der Amtstätigkeit des Reichstanzlers das Verhältnis zwischen beiden Männern zu einem freundlichen gestaltet. Daß aber Deutschland jemals den Boden für eine Kriegspartei abgeben könnte, kann nur ein „Politiker“ für glaubhaft halten, dem die Ziele und Wege der deutschen Politik böhmische Dörfer sind. Die russischen Blätter haben sich — ganz abgesehen von ihrem Mangel an politischer Wahrheitsliebe — nie durch besondere Kenntniß deutscher Verhältnisse ausgezeichnet. Sonst könnte auch heute die „Nowoje Wremja“ den Rücktritt des Grafen Waldersee unmöglich als eine Gewährleistung des europäischen Friedens hinstellen.

Eine andere Sache ist es, wenn die russische Presse den Sturz Crispi's bejubelt. Der Anschluß Italiens und Oesterreich-Ungarns an Deutschland ist ihr von jeher ein Dorn im Auge gewesen. Nie hat sie sich eine Gelegenheit entgehen lassen, die „Nanatur“ dieses Bündnisses darzulegen, und sie verfährt deshalb nur konsequent, wenn sie den Sturz Crispi's als eine Schwächung des Dreibundes bejubelt. Genau dasselbe hat ja die französische Presse gethan. Den Sturz Crispi's aber als eine Gewährleistung des Friedens hinzustellen, gehört in das Gebiet des politischen Unsinn. Crispi ist ein Anhänger des Dreibundes gewesen, weniger aus Schwärmerei für Deutschland oder Oesterreich, als in nüchterner Erwägung, daß der Weizen Italiens nur an der Seite dieser beiden Mächte blühen könne. Eine Gefahr für den Frieden aber war weder Crispi in Person, noch die von ihm verfolgte Politik. Eher hätte man die Versuchung hegen können, daß sein Sturz den Anlaß zu gefährlichen Verwickelungen hätte geben können. Aber auch diese Befürchtungen haben sich durch die Ernennung Rudini's zu seinem Nachfolger als haltlos herausgestellt, denn Rudini ist ebenfalls ein überzeugter Anhänger des Dreibundes.

Als Dritter im Bunde für die Gewährleistung des Friedens wird von dem russischen Blatte noch der junge österreichische Erzherzog Franz Ferdinand von Este genannt, der bekanntlich bestimmt ist, dereinst den Thron der österreichisch-ungarischen Monarchie zu besteigen. Er weilt gegenwärtig in Petersburg zum Besuche des russischen Zarenhofes und wird daselbst mit Auszeichnungen überhäuft, die sonst nur gekrönten Häuptern zu Theil werden. Man darf daraus schließen, daß in der russischen Hauptstadt auf diesen Besuch ein ganz besonderer

Werth gelegt wird. Aus welchen Gründen dies seitens der leitenden Kreise geschieht, wird natürlich nicht an die große Glocke gehängt. Die russische Presse aber ist weniger zurückhaltend. Sie spricht ganz unverblümt von einer „zweifellosen Annäherung Oesterreichs an Rußland“ und hofft, daß auch Italien sich demnächst Frankreich nähern werde. Im Geiste sieht sie Deutschland bereits ganz vereinsamt dastehen. Zugleich giebt sie aber die russische Presse den Anschein, als ob Oesterreich irgend etwas gut zu machen habe, womit es in Petersburg Verstimmung hervorgerufen hätte, und als ob die Reise des Erzherzogs nur die Einleitung zu einer österreichisch-russischen Sonderverständigung auf der Balkanhalbinsel bilden solle. Selbst der dem russischen Hofe nahestehende „Graschdanin“ äußert sich in diesem Sinne. Die österreichische Regierung kann natürlich, während der Erzherzog noch als Gast am russischen Kaiserhofe weilt, derartige Gerüchte, obgleich sie in Deutschland vielleicht Mißtrauen erwecken könnten, nicht offiziell dementiren. Um so gründlicher besorgt dies die „R. Fr. Pr.“ Das Blatt führt den Besuch richtig auf seine wahre Bedeutung als Akt der Höflichkeit zurück, indem es die Bestrebungen zurückweist, politische Absichten hinter demselben zu wittern, und fährt dann fort: „Es giebt Gegenläufe zwischen der russischen und der österreichischen Politik, die Niemandem unbekannt sind; diese Gegenläufe, deren Verschärfung von Oesterreich-Ungarn niemals ausgegangen ist, haben sich in dem lehrerstoffenen Jahrgang bisweilen so sehr aufgeblüht, daß die Hoffnung einer friedlichen Ausgleichung fast bis zum Nullpunkte herabsank. Sie sind auch heute nicht beseitigt und werden es kaum jemals sein. Aber der Besuch des Erzherzogs Franz Ferdinand in Petersburg ist ein Zeichen, daß man in Oesterreich-Ungarn wie in Rußland sie nicht ohne Noth erweitern und vergrößern will, und dies ist sozusagen die Formel, in welcher der eigentliche Sinn der Petersburger Reise des Erzherzogs enthalten ist. Wolte man sich damit nicht begnügen, so müßte man annehmen, daß der Erzherzog in diplomatischer Mission nach Rußland gegangen sei, und eine solche Mission könnte sich naturgemäß nur auf die Orient-Politik erstrecken. Aber zu solcher Annahme ist nicht der entfernteste Grund vorhanden; es war auch niemals üblich, daß junge Prinzen ausersehen wurden, diplomatische Unterhändler zu sein. Und was sollte denn eigentlich unterhandelt werden? Mit dem Status quo auf der Balkan-Halbinsel ist Oesterreich-Ungarn zufrieden, Rußland ist es nicht. Liegt es aber in der Hand Oesterreich-Ungarns, Rußland zufriedenzustellen? Werden die Bulgaren ihren Fürsten verjagen, ihre Minister einsperren, die Russen in das Land rufen, wenn Oesterreich-Ungarn es von ihnen verlangt? Was also hätte man von Wien aus den Russen zu bieten, um sie mit den Zuständen auf der Balkan-Halbinsel auszuföhnen? Das ist ja gerade der triftigste Beweis für die Aneignungsbüßigkeit der österreichischen Orient-Politik, daß man in Wien nur an der Unabhängigkeit der Balkanvölker ein Interesse nimmt, sonst aber auf dieselben irgend einen Einfluß weder besitzt noch beansprucht. Und wie man nichts zu bieten hat, so hat man auch nichts zu fordern. Es ist sehr thöricht, wenn in einem russischen Blatte von einem Aequivalente gesprochen wird, das Oesterreich-Ungarn in Bosnien und in der Herzegowina zu Theil werden könnte. Diese beiden Provinzen, die vertragsmäßig okkupirt sind, wachsen immer mehr in den Verwaltungskörper hinein, an dessen Segnungen sie theilhaben, und es ist eine merkwürdige Illusion, wenn man in Rußland meint, Oesterreich-Ungarn warte nur darauf, daß ihm die russische Erlaubniß zu ihrer Einverleibung erteilt werde. Wo nun wären sie sonst, die Kompensationen, mit denen man sich wechselseitig zur Sinnvergrämung der vorhandenen Gegenläufe vereinigen könnte? Vieles ist erörtert worden, aber Alles hat sich als utopisch erwiesen. Die Theilung der Mächte, die Beschränkung des russischen Einflusses auf Bulgarien und des österreichischen auf Serbien sind Rezipete politischer Quacksalber, welche keine Ahnung davon haben, daß der Gegensatz zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn nicht in dem liegt, was diese beiden Mächte wollen, sondern in dem, was die eine will und die andere um ihrer selbst willen nicht zulassen darf. Dieses Verhältnis hat die Geschichte geschaffen, und diplomatisch kann es nicht verändert werden, man wolle denn das ganze Jahrtausend europäischer Entwicklung, welches seit den ersten russischen Fühlungen mit Byzanz verfloßen ist, rückgängig machen. Weil dies aber unmöglich ist, deshalb sollte

das Märchen von besonderen diplomatischen Verständigungsversuchen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland endlich aufgegeben, es sollte namentlich nicht auf die Höflichkeitseise eines Erzherzogs nach Petersburg bezogen werden. Rußland kann seiner ganzen orientpolitischen Tradition gemäß durch eine Verständigung mit Oesterreich-Ungarn gar nicht einmal befriedigt werden, denn sein Weg führt über Bulgarien hinaus nach dem Goldenen Horn, es muß diesen Weg gehen, und auf diesem Wege muß es ganz Europa sich gegenüber finden, nicht bloß Oesterreich-Ungarn.“ Diese Beweisführung des österreichischen Blattes ist so schlagend, daß es weiter keiner Ausführungen bedarf, um das Liebeswerben der russischen Blätter um die Freundschaft Oesterreichs auf seine wahre Bedeutung zurückzuführen. Mit der Hofirung Deutschlands hat es also noch gute Wege — trotz Waldersee's Rücktritt, Crispi's Sturz, Erzherzogs Ferdinands Reise, trotz Kalakau und Lieutenant Winter.

### Tageschau.

Freiberg, den 10. Februar.

Der **deutsche Kaiser** nahm Montag Mittag die persönliche Meldung des neu ernannten Chefs des großen Generalstabes der Armee, Graf von Schlieffen, entgegen.

Der Reichstag beschäftigte sich am Montag lebhaft mit Wahlprüfungen. Ohne Debatte wurden die Wahlen der Abgeordneten Hänel und Graf Carmer für gültig erklärt, die Wahl des Abg. Hermes (Brandenburg) beanstandet. Die Wahl des Abg. Dr. Porsch in Reichenbach-Neurode soll nach dem Antrage der Wahlprüfungskommission ebenfalls wegen der geringen Mehrheit des Gewählten beanstandet und eine Reihe von Erhebungen über die Behauptungen des von sozialdemokratischer Seite eingesandten Protestes angestellt werden. Diese Erhebungen wollte ein Antrag Auer entgegen dem Kommissionsantrage auch auf einige Fälle von Beeinflussung der Wähler durch Arbeitgeber und Inspektoren sowie durch katholische Geistliche zu Gunsten des gewählten Abgeordneten ausgebeugt wissen. Der Antrag fand nur bezüglich eines Punktes, die Vertheilung besonders gefalteter Stimmzettel für Porsch durch einen Dominalinspektor betreffend, die Zustimmung des Hauses; mit dieser Aenderung gelangte der Kommissions-Vorschlag zur Annahme. Ohne erhebliche Diskussion wurden die Wahlen der Abgg. v. Normann, v. Friesen und v. Vredow für gültig erklärt, die der Abgg. v. Jagow und Graf von Saldern-Altlimb-Kingenwalde beanstandet. Der Beschluß über die Wahl des Abg. Zangemeister soll ausgesetzt und Erhebungen veranstaltet werden u. A. über die Thätigkeit der Kriegervereine bei den Wahlen. Abg. Mehner (H.) erklärte sich gegen die Ausdehnung der Erhebungen auf diesen Punkt und bedauert, daß Herr Ricker nicht anwesend sei, um zu erfahren, wie die Kriegervereine für einen freisinnigen Kandidaten eingetreten sind. Die Kriegervereine wollen den Fahneide hochhalten. (Zuruf links: Der Fahneide ist keine politische Institution!) Der Fahneide verpflichtet die Soldaten zur Treue gegen den Kaiser und ihren Landesherren in allen Fällen. Die Sozialdemokraten haben aber diese Treue nicht gehalten. Herr Liebknecht hat die Revolution als das Streben der Sozialdemokratie proklamirt; Hasselmann hat gesagt: der russische Kaiser sei nicht der einzige Bluthund in Europa, Kaiser Wilhelm sei ebenso schlimm. Diese Aeußerungen der Sozialdemokraten seien niemals widerrufen worden. Kann man es da den Kriegervereinen verdenken, daß sie fest zusammenhalten in Treue gegen Kaiser und Reich? Die Sozialdemokraten wollen vom Vaterlande nichts wissen, sie kennen Deutschland nicht. Drei Tage nach Sedan trat ein sozialdemokratischer Ausschuß in Braunschweig zusammen, welcher einen ehrenvollen Frieden mit der französischen Republik verlangte und gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen protestirte. Marx billigte damals dieses Vorgehen und bezeichnete alle Gegner als Schurken und Narren und Herr Liebknecht stimmte freudig zu. Wenn Sie das nicht mehr billigen, so erklären Sie es doch offen. Ihr Schweigen (Lachen links) und Ihr Lachen ist aber irreführend für diejenigen, vor denen Sie Ihre letzten Ziele verborgen halten. Deshalb müssen wir die Kriegervereine schützen vor dem Einfluß der Sozialdemokraten. (Zuruf links: Wenn sie nur tüchtige Soldaten gewesen sind!) Auf die drei Jahre, die Sie (links)